

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 2 Jahrgang 212



Bezugspreis: für Halle und Dessau monatlich RM. 1,25, vierteljährlich RM. 3,75 mit Zust. —
 Durch die Post monatlich RM. 1,24, vierteljährlich RM. 4,00 gegen Nachb. —
Morgen-Ausgabe **Anzeigenpreis:** dieses Inserenten je Zeile 25 Pf., auswärts je Zeile 30 Pf. —
Beihilfsstelle Halle: Leipziger Straße 61/62, Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — **Postfachkonto:** Leipzig 20512. **Donnerstag, 2. Januar** **Beihilfsstelle Berlin:** Bernauer Str. 80, Fernruf Amt Kurfr. Nr. 6290
 eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Uehle, Halle-Saale

Das Selbstbestimmungsrecht Schlesiens

Die Pressestelle des Volksrates zu Breslau, Zentralrat für die Provinz Schlesien, teilt mit: Die in den letzten Wochen vorbereiteten separatistischen Bestrebungen in Schlesien und besonders in Oberschlesien hatten Besseres zu erwarten, als was am 30. Dezember 1918, dem Provinzialparlament für Schlesien im Breslauer Rathaus zusammenauftrat. Der Sitzung präsierte der preußische Minister des Innern Dr. Brüning. Zur wohnen ferner der Volksbeauftragte Knabbe, Vertreter aller Parteien, der Episkop, ferner Vertreter aller politischen Parteien, des Zentralparlamentes und der militärischen Verbände sowie der schlesischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise teil. Die Verhandlung beruhte in der Hauptsache die schlesische und die oberösterreichische Seite.

Einstimmig für die schlesische Frage wurde festgestellt, daß Grund zur Sorge für die schlesische Grenzbevölkerung zurecht nicht vorliegt, zumal die Reichsregierung entschlossen sei, mit allen Maßnahmen die Unruhen entgegenzutreten, die unter Verletzung des Waffenstillstandes von Nachbarn auf deutsches Gebiet gemacht würden.

In der oberösterreichischen Frage wurde nach eingehenden Verhandlungen, in denen alle Gründe besprochen wurden, die für eine Verdrängung Schlesiens und Oberösterreichs von Wien überhaupt in Betracht kommen könnten, die nachdrückliche Entschlossenheit nahezu einstimmig festgelegt:

1. Mögliche Befreiung leitender Stellen und politischer Beamtenstellen mit Männern, die Verhältnisse für die besonderen Bedürfnisse der schlesischen Bevölkerung berücksichtigen und unter weitestgehender Berücksichtigung schlesischer Interessen handeln können, wobei die schlesische Bevölkerung, politisch freudende Männer, wird zugezogen.
2. Das Verhältnis von Kirche und Staat in religiöser, politischer und wirtschaftlicher Beziehung kann nur unter Wahrung aller berechtigten Wünsche der schlesischen Bevölkerung auf geschlossenen Wege und nach Einverständnis mit den höchsten Behörden geändert werden. Die Erteilung des Religionsunterrichts in öffentlichen und privaten Schulen darf gleichfalls nur unter Wahrung aller berechtigten Wünsche der schlesischen Bevölkerung geregelt werden. Dabei wird die Regierung mit aller Macht eintreten für die Freiheit der Religionsausübung, für den Religionsunterricht in der Muttersprache in der Schule und für die Unverletzlichkeit des kirchlichen Vermögens.
3. Eine eigene Regierung des schlesischen Landes ist für die Schaffung der schlesischen Verfassung zu erstreben. Die Regierung wird bei den höchsten Stellen erbeten werden.
4. Vor dem Erlaß von Anordnungen, die wichtige oberösterreichische Interessen betreffen, hat die Zentralregierung mit den zuständigen schlesischen Behörden Vorkonkurrenz zu nehmen.
5. Ein besonderer Kommissar für Oberschlesien wird beim Oberpräsidenten und dem Zentralrat für Schlesien zur ständigen Vertretung der Wünsche Oberschlesiens bestellt werden.

Minister Brüning sagte die Stellung der Regierung dahin zusammen: Ich glaube, die Delegation erweist, daß die Verfassung der schlesischen Provinz den Gedanken der Gründung einer besonderen Republik Oberschlesiens ablehnt, ferner, daß sie mit derselben Mehrheit auch den Gedanken einer Republik Schlesiens ablehnt. Es ist geboten worden, daß die Regierung der Provinz Schlesien den ersten Schritt zur Schaffung einer schlesischen Verfassung unterbreiten lassen soll. Ich kann namens der Regierung erklären, daß wir bereit sind, alles, was in unseren Kräften steht, nach dieser Richtung hin zu tun. Wir werden überlegen, ob wir diesen Schritt direkt von Berlin aus gewähren, oder ob wir mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse Schlesiens nach Schluß nach Schlesien bittigen, in der Weise, wie es in den vorliegenden Anträgen verlangt wird. Was die Forderungen anerkennen, die in Ihren Anträgen erhoben werden, so kann ich erklären, daß wir sie in Berlin dem Kabinett mit allem Ernste zur Schlichtung des schlesischen Konflikts unterbreiten werden; im übrigen möchte ich für meine Person bereits heute die Erklärung abgeben, daß ich innerhalb der preussischen Staatsregierung dafür eintreten

werde, daß einwilligen der Provinz Schlesien ein gewisses Selbstbestimmungsrecht, insbesondere zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gemäht wird.

Die „Dresdener Neuesten Nachrichten“ melden aus Berlin: Die Eisenbahn Wosen-Aborn ist von den Polen besetzt. Die Eisenbahnlinie Wosen-Rissa ist in Händen der politischen Arbeiterräte. Nach Meldungen aus Schneidemühl haben die Polen bereits in Gnesen durch Ausrückmächtige die Vereinigung mit dem Königreich Polen abgeschlossen.

Die polnische Regierung ist in keiner Weise, wie das anfänglich von polnischer Seite behauptet wurde, von der Entente gegen Deutschland aufgedrängt worden, sondern sie ist von vornherein ein williges Werkzeug in der Hand der Entente gewesen. Das geht klar aus den Darlegungen Wiksons in der französischen Kammer hervor, in denen es heißt:

„Das polnische Nationalkomitee ist von allen Alliierten als regelrechte Regierung anerkannt. Das russische Polen betrachtet es als seinen Vertreter, die deutschen Polen vertrauen ihm ihre Interessen an und die Volkspartei Galiziens hat dasselbe. Wir veranlassen, den Besuch eines Vertreters, des Generals Rindskopf, der die Regierung in Warschau bildet. Seine Regierung ist von allen verbündeten Mächten und allen bedeutenden polnischen Gruppen anerkannt. Dank ihr organisiert wir die polnische Bewegung gegen die deutsche Macht.“

Aus diesen Darlegungen aber geht hervor, daß die polnische Propaganda wirklich mehr als Pole ist. Gegenüber den höchsten Alliierten wegen der Anwesenheit Babrowskis in Polen wird folgendes mitgeteilt:

Von deutscher Seite war für die Heiligung Babrowskis, der in letzter Zeit als Vertreter Polens in Amerika bestrebt war, freies Geleit nur für die Fahrt von Danzig nach Warschau zugesichert worden, jedoch nicht zur Reise nach Polen. Der Aufseher eines deutschen Offiziers, der Babrowskis entgegengeleitet wurde, Babrowski wurde mit einem solchen nach Alexanderbrunn geleitet, leistete Babrowski nicht Folge. Der von dem Offizier erbotene Freieit gegen die Heiligung Babrowskis nach Polen wurde von dem Babrowski bescheidenden englischen Offizier abgelehnt, der jedoch behauptete, daß die polnische Propaganda über die Heiligung Babrowskis nach Polen informiert sei. Diese Behauptung entspricht aber nicht den Tatsachen. Vielmehr bezog sich der Antrag des Vorstehers der englischen Waffenstillstandskommission lediglich auf freies Geleit für eine Reise Babrowskis von Danzig nach Warschau, das deutschseits auch nur für viele letztere Reisezwecke gestattet wurde. Die deutsche Regierung hat durch ihre Vertreter in der Waffenstillstandskommission in Spaa bereits vor Ausdruck der Anträge in Polen den Alliierten gegenüber scharf betont, daß der Aufenthalt Babrowskis in Polen keinesfalls gestattet werden, und daß die Verantwortung für eine eventuelle Anwesenheit in Polen entstehende Verhältnisse nicht übernommen werden können. Auch neuerdings ist von unseren Vertretern in Spaa Einspruch dagegen erhoben worden, daß das dem englischen Oberst Wade gewährte Freigeleit zur Anstellung aufständischer Demonstrationen missbraucht werde. Es ist von den Alliierten verlangt worden, sofort Anweisung zu geben, daß Babrowski und Wade Deutschland auf dem schnellsten Wege verlassen.

Der Arbeitsaufsatz, der nach einem Vortrage des früheren Staatssekretärs von Ginge zum Schutze der Grafschaft Glatz gerichtet worden ist, wendet sich an alle Grafschalter in Stadt und Land und in der Fremde mit der Aufforderung, überall Protestveranstaltungen gegen die Abtretung der Grafschaft zu veranstalten. Um ein einheitliches Handeln zu erreichen, bittet der Arbeitsaufsatz, ihn von allen Beamtungen vorher in Kenntnis zu setzen.

anzusehen? Hat sie es nötig, sich in eine Geheimdiplomatie zu hüllen? Hierzu wird von M. A. B. folgende Mitteilung verbreitet:

Breslau, 1. Januar.
 Von einem Ultimatum, das die im Baltikum gelandeten Engländer an das deutsche Oberkommando und damit an die deutsche Regierung gerichtet haben sollen: nicht nur die polnischen Offiziere auf der bisherigen Linie aufzuhalten, sondern auch Wall und Wenden wiederzugewinnen, anderenfalls würde die Entente in Deutschland einrücken — ist weder an hiesiger unabhängiger Stelle noch bei Oerost etwas bekannt.

Paris, 31. Dezember.
 Der Pariser „Lemps“ hat Mitteilungen aus dem Hauptquartier erhalten, wonach die amtliche Anwesenheit von Vertretern der mit der Entente im Kriegszustand befindlichen Moskauer Sowjetregierung auf deutschem Boden den Alliierten die Fortführung der Waffenstillstandsverhandlungen und die Einleitung von Friedensverhandlungen unmöglich machen wird.

In der ersten Sitzung der deutschen Kommission hat der Chef der russischen Propaganda, Nabel, mit nicht zu übersehender Deutlichkeit und Offenheit ausgesprochen, daß es das Ziel der neuen Partei sein müßte, Deutschland als Bundesgenossen in den Krieg mit der Entente zu treiben. Diese Offenheit des russischen Vertreters hat offenbar die Leitung der deutschen Kommissionen in einige Verlegenheit versetzt, denn, so schreibt die „Wol. Zig.“, heute unter dem Namen Frau Olga Luxemburg das russische, die Verbindung mit den Russen als eine Sicherung des Friedens anzufassen und gegen die deutsche Regierung den Vorwurf zu erheben, daß ihre Ablehnung gegenüber der tödlichen Umarmung der Russen einen neuen Krieg bedeuten. Das ist so ziemlich die tollste Behauptung, die sich denken läßt, nachdem am Tage zuvor Nabel im selben Raum den Kriegsprogramm der russischen Regierung offen bekannt hat. Keine Ablehnung kann den Zeitungen verdächtig, daß jede Verbindung mit der russischen Regierung unseren Friedensschluß mit der Entente verhindert und unser Volk dem grauenvollsten Elend aussetzt. Es bleibt dabei, daß uns nur die Wahl bleibt zwischen dem Frieden, aber dem Wahrscheinlichen, dessen Wohle selbst erklärt hat, daß die russischen Arbeiter mit den deutschen Genossen zusammen am Rhein gegen das angedrohte Kapital zu kämpfen gedenken.

Die Schwäche der Regierung in den polnischen Fragen

Es gibt eine alte Redensart „jezt ist Polen offen“ — sie erinnert an die Zeit, als Polen, von Parteiengenossen jerrissen, seine Grenze nicht schützen, sondern sie liberal der Willkür der Nachbarn preisgeben mußte. Die Zeiten haben sich geändert. Deutschland ist „offen“, und wie die Geier sich um ein Was sammeln und der hier der dort ein Stück vom Reibe reißt, so die Nachbarn Deutschlands, am ehesten die Polen.

Es ist wenig über zwei Jahre her, das uns deutscher Hand die polnische Nation in die Selbständigkeit wieder erhielt, die sie über 120 Jahre entbehrt hatte, sie bemüht sich, um sich von der Entente, Deutschlands Feinden, auch preussische Provinzen anzuordnen zu lassen, sie fordert nun nicht nur die Provinz Polen, sondern auch das fast ganz deutsche Westpreußen und Oberschlesien, dessen polnisch sprechende Bevölkerung sich bis vor kurzem, vor dem Minimum großpolnischer Agitatoren, nie als Polen gefühlt hat. Waren diese Umtriebe unangehörig, so würde die Gefahr ins Unabsehbare, als bei uns eine neue Regierung aus Bräuder kam, für die der Schutz der Grenzen an zweiter Stelle stand. An erster Hand für sie die Erhaltung der eigenen Macht, die dazu bestimmt ist, einer Klasse die Herrschaft zu verschaffen und zu sichern. Die Herrschaft der „Sunter“ ist erst durch die der Proletariat, aber der „Sunter“ hatte Sinn für nationale Ehre, für die der Proletariat nur ein Grinsen hat. „30.000 Polen sind im Anmarsch auf Berlin“, ruff man in der Zeitung der Berliner Soldatenräte. Und als Antwort hört man so alberne Worte wie „die Polen sind provoziert worden, sie sollen nur ruhig kommen“. Wahrscheinlich glauben die Unberücksichtigten immer noch, daß die Polen sich unter die rote Fahne stellen werden. Aber die seltsame Annahme, daß die Polen provoziert seien und sich also alles erlauben dürften, heißt in sich selbst ein Verbrechen. Das Wortes Wort um Unterfallstrecke im Ministerium des Innern gemacht hat, und der sich beibringen ließ, daß Deutsche und Polen überall dasselbe wollen. Die seltsame Auffassung hatten auch die im Baltikum garnisonierenden deutschen Soldaten, die sich nach Hause schickten

Ein feindliches Ultimatum

Wie der „D. Z.“ von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, haben die im Baltikum gelandeten Engländer ein Ultimatum an das deutsche Oberkommando und damit an die deutsche Regierung gerichtet, nicht nur die polnischen Offiziere auf der bisherigen Linie aufzuhalten, sondern auch Wall und Wenden wiederzugewinnen. Andernfalls würde die Entente in Deutschland einrücken. Die polnischen Offiziere haben zwei Heere angeleitet, eines in der Stärke von drei Divisionen auf Wlana-Kowno. Das Heer auf Wlana ist von einem altbienen russischen General geführt und ist ausgerüstet. Wlana haben wir dagegen nur 10 Bat-

tailone zur Verfügung, von denen indessen nur drei als unbedingt zuverlässig gelten. Die Engländer haben in Wlana eine Fernrohrflotille und einen Kreuzer, mit Truppen, die bereit sind, an Land zu gehen, in Wlana eine Fernrohrflotille und einen leichten Kreuzer und in Neval eine Fernrohrflotille. Auf das deutsche Grinsen hin, Pötte gegen die polnischen Offiziere zu leisten, haben sie abgewartet; nur in Wlana kam, wie bereits gemeldet, eine Artillerieunterstützung in Gang.

Die deutsche Regierung hat bisher leblos mitgeteilt, daß die Entente die Wiederholung des Volksweltismus im Baltikum fordere. Warum hat sie es nicht für nötig gehalten, das feindliche Ultimatum, das die Wiedererinnung von Wall und Wenden fordert, dem deutschen Volke mit-

